

Harburger Anzeigen und Nachrichten online 10.10.09.

Die Finanzierung steht

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße entschieden?

Von Claudius Ossig

Wilhelmsburg. "Unseriös. Es wurden Tatsachen geschaffen, bevor die Arbeit der Kernarbeitsgruppe beendet ist." Das ist eine Reaktion auf die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) bekannt gegebene Finanzierungsvereinbarung zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Bahntrasse. Übergangen fühlen sich Mitglieder der Kernarbeitsgruppe im sogenannten Beteiligungsverfahren. "Eine Brüskierung", kritisierte der Wilhelmsburger Professor Michael Rothschuh, selbst Mitglied der Kernarbeitsgruppe, gegenüber den HAN.

Viele Anwohner lehnen die Variante bekanntlich ab. Sie befürchten unter anderem hohe Lärm- und Abgasbelastungen. Gestern wurden sie nun vor vollendete Tatsachen gestellt.

"Der Bund und Hamburg haben sich nunmehr auf eine gemeinsame Finanzierung der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße nach Osten an die westliche Seite der vorhandenen Bahntrasse geeinigt", teilte BSU-Pressesprecher Enno Isermann mit. Grundlage dafür sei eine Machbarkeitsstudie mit - für Bau- und Grunderwerb - geschätzten Kosten in Höhe von rund 67,4 Millionen Euro.

Die Vereinbarung sieht vor, dass sich Hamburg mit 10,4 Millionen Euro beteiligt. Erwerb und Rückbau der Alttrasse gehen ebenfalls zu Lasten der Hansestadt.

"Diese Vereinbarung gibt die Möglichkeit, eine Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße schon zur IBA und IGS im Jahre 2013 zu realisieren", betonte der BSU-Pressesprecher. Und Engelbert Lütke, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, erklärte: "Anstatt einer anstehenden Grunderneuerung der Trasse an der alten Stelle, wodurch sich ihre trennende Wirkung deutlich verschärfen würde, wollen wir mit der jetzt erzielten Vereinbarung eine Bündelung der Verkehrswege in Wilhelmsburg und damit eine Verbesserung des Verkehrsweges und eine städtebauliche Entwicklung des Stadtteils ermöglichen."

Mit der Verlegung der Reichsstraße an die Bahngleise werde laut BSU ein optimaler Lärmschutz möglich. Für die Gesamtlärmsituation in Wilhelmsburg und damit für die Bewohner werde es Verbesserungen geben, heißt es. Die Vereinbarung steht unter dem Vorbehalt, dass die benötigten Haushaltsmittel auf Seiten des Bundes zur Verfügung stehen und die Bürgerschaft den finanziellen Verpflichtungen Hamburgs zustimmt.

Der Moorburger Sören Schinkel, Mitglied der Kernarbeitsgruppe, sieht darin eine Restchance für einen Stopp des Vorhabens: "Die Bürgerschaft muss sich überlegen, ob nicht doch alles zu teuer wird." Für Professor Rothschuh steht fest, dass es bei der Planfeststellung rechtliche Schritte seitens Wilhelmsburger Bürger geben werde. Hamburg solle sich überlegen, ob es das Geld nicht im Einklang mit den Bürgern verwenden wolle.

Indes betonte die BSU, dass die weitere Planung nun insbesondere die Ergebnisse des laufenden Beteiligungsprozesses einbeziehen werde.